

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
A. Döhlson u. Verwaltung: Drag II, Tel. Anstalt 15 • Tel. Nr.: 26793, 31409, Kap. Anstalt (ab 21 Uhr): 33638 • Postkassa: 57344

13. Jahrgang.

Sonntag, 12. November 1933

Nr. 265.

Vor dem Entscheidungskampf in Oesterreich

Wiens Arbeiter trotzen dem Standrecht

Karl Renner am Grabe Viktor Adlers: „Bereit zur bewaffneten Verteidigung!“

Wien, 11. November. (Eigenbericht.) Die Unruhen in Wien haben sich heute nachmittags wesentlich gesteigert. Die Polizei hatte den Zentralfriedhof, auf dem sich das Grab Viktor Adlers befindet, in weitem Umkreis zerniert. Mehr als zehntausend Polizisten und dreitausend Veritene mit Maschinengewehren waren zusammengezogen worden, um den Zugang zum Friedhof abzusperren, da die Arbeiter durch Flugblätter aufgefordert worden waren, entgegen dem Verbot der Polizei den fünfzehnten Todestag Viktor Adlers durch Demonstrationen zu begehen.

Der Zustrom der Arbeiter wurde in den ersten Nachmittagsstunden so gewaltig, daß der Polizei nichts übrig blieb als den Straßenbahnverkehr lahmzulegen und die Straßenbahnen, die zum Friedhof führen, auszuhalten.

Vor dem Polizeifordon kam es zu bedeutenden Demonstrationen der Arbeiter gegen Polizei und Regierung. Immer wieder erschollen „Freiheit!“, „Rufe und Psalmen gegen Dollfuß.“

Einigen Hundert Arbeitern gelang es auch, trotz des ungeheuren Aufgebots der Polizei, den Friedhof zu erreichen. Dort legte eine Deputation einen Kranz am Grabe Viktor Adlers nieder. Genosse Karl Renner hielt dabei eine kurze Ansprache, die er damit beendete, daß er an die Polizisten, die zweihundert Mann stark das Grab umzingelt hatten, die Worte richtete:

„Die Arbeiter dieses Landes — das können Sie vielleicht bald sehen — werden bereit sein, ihre Freiheit, wenn es sein muß, auch mit den Waffen zu verteidigen!“

Kurze Zeit später hielt vor dem Krematorium der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Genosse Oskar Pollak, eine kurze Ansprache an einige Hundert Arbeiter, die sich dort versammelt hatten. Als er seine Rede beendet hatte, stürzten zweihundert Polizisten auf die Versammelten los und verhafteten den Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“. Er wurde auf das Polizeikommissariat gebracht, mußte dort einige Stunden sitzen und wurde dann mit 1000 Schilling wegen Nichtbeachtung des Verbots politischer Demonstrationen bestraft.

Die Kundgebungen dauerten bis in die späten Nachmittagsstunden, dann erst zerstreuten sich die Arbeiter. Die Straßen in den Arbeiterbezirken sind aber immer noch von Polizei besetzt. Auch Heimwehr und die „Sturmsharen“ (das sind die monarchistischen Truppen des Ministers Schuschnigg) wurden bewaffnet, um der Polizei Dienste zu leisten.

Nazimord in Vorarlberg

Bregenz, 11. November. (N.N.) Gestern abends warfen bisher unbekannt Täter in das Haus des Vorstehers und Landtagsabgeordneten Rupp einen Sprengkörper. Seine Wirkung war so stark, daß die ganze Einrichtung des Bürozimmers zertrümmert und auch die Wände stark beschädigt wurden. Personen kamen nicht zu Schaden.

Heute früh kurz nach ein Uhr machten die Heimdienstleute Eduard Rint und Wilhelm Klagian auf der Landstraße beim Hotel „Bäumle“ in Lochau Patronendienst, als sie von drei bisher unbekannt Männern überfallen und aus einer Pistole beschossen wurden. Rint war sofort tot, während Klagian einen Schulterschuss erhielt.

Italien macht Deutschland die Mauer

Zwischenfall in Genf: Mussolinis Vertreter nur mehr „Beobachter“

Genf, 11. November. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat heute vormittags den Entwurf des engeren Ausschusses genehmigt und traf folgende Entscheidung:

1. Die einzelnen Teile des Abrüstungsabkommens betreffend die Sicherheit soll der Vorsitzendstellvertreter der Konferenz, Polaris, bearbeiten.
2. Für die Frage der Heeresbestände wurde ein Sonderauschuß gebildet, in dem folgende Staaten vertreten sind: England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Holland, Schweden und Rußland. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Schwede Westman.
3. Für die Frage des Landkriegsmaterials und für das Problem der Schaffung von Vereinbarungen über die Abrüstung wurde Minister Dr. Benes zum Berichterstatter ernannt.
4. Das Problem der Marinerrüstungen soll Maresca, der Vorsitzende der Marinekommission, behandeln.
5. Minister Lange (Norwegen) wird die Frage des Militärflugwesens behandeln.
6. Der Vize Komarnek wurde mit der Prüfung des Problems der Erzeugung und des Handels mit Waffen betraut.
7. Der Engländer Cobogan wird

sich mit dem Problem des Austausches von Nachrichten über die Rüstungen befassen. 8. Ein Sonderauschuß wird die Fragen behandeln, die mit der Bildung einer Ständigen Kommission für die Abrüstung und Kontrolle der Garantien für die Erfüllung bindender Abmachungen zusammenhängen. In dieser Kommission werden nachfolgende Staaten vertreten sein: Argentinien, Belgien, England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, die Türkei, Rußland und Spanien. Vorsitzender ist der Belgier Bourquin.

In der allgemeinen Debatte kam es zu einem lebhaften Meinungsaustrausch zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson und dem Vertreter Italiens de Soragna über die Zweckmäßigkeit der Vorbereitungen der II. Lesung des englischen Planes. Der italienische Delegierte erklärte u. a., die italienische Regierung würde es gerne sehen, wenn zuerst eine Einigung über die entscheidenden Fragen getroffen werden würde. Soragna führte aus, daß diese technische Arbeit nicht gerade die geeignetste Art zur Fortsetzung der Behandlung des

Vorarlberger Grenze gegen Bayern gesperrt

Bregenz, 11. November. (N.N.) Eine Rundmachung des Sicherheitsdirektors von Vorarlberg untersagt sämtliche Veranstaltungen in Bregenz, Lochau, Hörbranz und Hohenweiler. Von heute mittags 12 Uhr ist die Grenze gegen Bayern gesperrt. Die Grenze dürfen nur jene Reichsdeutschen überschreiten, die mit einem Stimmschein für die morgige Wahl versehen sind.

Damit die Todesstrafe zulässig sei...

Wien, 10. November. (Sch. B.-B.) Die Amtliche Nachrichtenstelle teilt mit: Die Verhängung der Todesstrafe in Oesterreich ist für das ordentliche Verfahren durch die Bundesversammlung abgelehnt. Eine Änderung dieser Verfassungsbestimmung ist, da das Parlament nicht funktioniert, gegenwärtig nicht möglich. Es mußte deshalb für die Verbrechen des Mordes, der Brandlegung und der öffentlichen Gewalttätigkeit durch hohhe Beschädigung fremden Eigentums das standrechtliche Verfahren angeordnet werden, da in diesem außerordentlichen Verfahren die Todesstrafe zulässig ist. Selbstverständlich treten „keinerlei“ Einschränkungen des normalen zivilen und wirtschaftlichen Lebens“ in Oesterreich ein.

Der Henker steht bereit!

Wien, 11. November. Die Rundmachung betreffend die Einführung des Standrechtes und der Todesstrafe in Oesterreich ist bereits in der heutigen amtlichen „Wiener Zeitung“ publiziert worden und hat sofort Rechtskraft erlangt. Die Rundmachung wurde gleichzeitig in Wien und in ganz Oesterreich plakatiert. In Wien allein wurden 6000 dieser amtlichen Rundmachungen plakatiert. Die Bevölkerung nahm die Rundmachung ruhig auf. Mittags trat bereits der Personalsenat des Landesgerichtes in Wien I zusammen und bestimmte vier Richter, die den Standrechtssenat bilden werden. Die Wiedereinführung der Todesstrafe macht auch die Bestimmung eines Scharfrichters erforderlich. Es wird dies einer der Gehilfen des letzten österreichischen Scharfrichters Lang oder dessen Sohn sein.

Tag der Schmach

In Ketten, den stolzen Radeln gebeugt unter drohenden Stahlruten, die Augen zu Boden unter der Schmach und Qual einer gemordeten Freiheit, so schleppt sich heute die Arbeiterschaft Deutschlands zu den Urnen. Mit zwei Stimmzetteln in der Hand; mit dem einen soll das deutsche Volk abstimmen durch Ja oder Nein über die Außenpolitik des Saatenkreuzes, über Deutschlands Austritt aus



dem Völkerverbund, mit dem anderen soll der Reichstag „gewählt“ werden. Wer bei der Volksabstimmung mit Nein votiert, ist chlos — so erklärte Hitler und so erklärten seine engeren Freunde — und ist vogelfrei nach der Erklärung etlicher Unterführer. Und es ist dafür gesorgt, daß die Reinsjäger fürchten müssen, bei dieser „geheimen“ Volksabstimmung entdeckt zu werden; ob das dann mit einer Kugel aus dem Hinterhalt oder aber mit einem Transport ins Konzentrationslager bezahlt würde, wird sich finden. Und für die „Wahl“ zum Reichstag steht der Nation eine einzige Liste zur Verfügung, die Hitlers, Goerings und der Ihren. Es gibt keine andere wahlberechtigte Partei in Deutschland. Wahlenthaltung ist nicht möglich. Wer nicht anerkannte triftige Gründe für das Fernbleiben haben wird, wird als Volkverräter behandelt werden.

Grauentvoller Terror, noch nicht dagewesene Vergewaltigung einer Nation unter dem Druck einer Tyrannei — das ist das Wesen dieses kaum nach der äußeren Form von der Demokratie entlichenen Wahl-Actes, der in Wirklichkeit für die ganze Welt die deutlichste Erscheinungsform der faschistischen Diktatur im Reiche darstellt.

Am bezeichnendsten dafür, daß kein vernünftiger Mensch auf der weiten Erde diesem Wahlsakt die Bedeutung einer Wahl beimißt, ist der Umstand, daß niemand außerhalb der Reichsgrenzen geneigt ist, aus irgendwelcher Zahl der Reinsjäger, die Montag offiziell aus Berlin werden gemeldet werden, Schlüsse über die tatsächliche politische Meinung der Mehrheit der reichsdeutschen Bevölkerung zu ziehen. Nicht das geringste Vertrauen ist in der Welt dazu vorhanden, daß der deutsche Gewaltapparat wirklich die Zahl derjenigen wiedergeben werde, die selbst den Tod vor Augen dennoch mit Nein zu stimmen wagen würden; es gibt kein Wahllokal im ganzen Reiche, dem man nicht die Entschlossenheit zur Fälschung der Ergebnisse zutraute, ja man ist davon überzeugt, daß überall und vor allem beim zentralen Skrutinium in Berlin das Ergebnis nach der Wahl so gestaltet werden wird, wie es die Diktatoren wünschen.

Und weil das unterjochte Deutschland, weil alle Feinde des Faschismus drüber das wissen, fühlen sie sich in namenloser Pein, in unergleichlicher Qual zu den Wahlurnen getrieben; was nützt den Einzelnen selbst der Todesmut zum Reinsagen, wenn er dafür vielleicht mit seinem Leben zahlen muß, weil man seine Stimme erkennen kann, wenn aber dann selbst die bestrafte Stimme ins Gegenteil umgelogen wird?! Der Centralverein

Abrüstungsproblem unter den heutigen Verhältnissen sei.

und deshalb werden die italienischen Delegierten gezwungen sein, an den Beratungen in Genf nur als Beobachter teilzunehmen. Der Vorsitzende der Konferenz, Henderson, antwortete dem italienischen Delegierten, daß alle in Genf den Abgang Deutschlands bebauern, daß aber trotzdem die Konferenz fortgesetzt werden muß. Hieraus widerrief Soragna teilweise seine Ausführungen. Dieser Zwischenfall wirkte sehr unangenehm, weil Soragna nicht offen darüber sprach, wie sich die italienische Regierung die weiteren Abrüstungsarbeiten vorstelle. Man nimmt an, daß die Mitarbeit der italienischen Delegation mehr oder weniger eine passive sein wird.

Das 50. Todesurteil

Magdeburg, 11. November. (Zupress.) Im Prozeß gegen mehrere Arbeiter aus Voelpe wurde der Lokomotivführer Legner, der als Kommunist bekannt war, zum Tode verurteilt. Dem Mordurteil liegt ein Naziüberfall zugrunde, der am Neujahrsmorgen 1932 auf mehrere Arbeiter geschah. Es ist das 50. politische Todesurteil in Nazi-Deutschland, seit Hitler zur Macht kam.

